

Wahlprüfsteine des BDP 2017

Der Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) setzt aktuell folgende Schwerpunkte:

- Förderung von Inklusion, Integration und Partizipation: Schaffung förderlicher institutioneller Rahmenbedingungen zum konstruktiven Umgang mit Vielfalt. Stärkung der Bereitschaft des Einzelnen soziale Verantwortung zu übernehmen und Wertschätzung individuellen Engagements für die Gemeinschaft.
- Ausbau des betrieblichen Gesundheitsmanagement: Verstärkung psychologischer Trainingsmaßnahmen, Beratung von Führungskräften und Beschäftigten zu einer gesundheitsorientierten Arbeitsgestaltung; Reduktion der körperlichen und psychischen Belastung bei der Erfüllung hoher beruflicher Anforderungen; Flexibilisierung der Arbeitswelt im Sinne einer lebensphasenorientierten Personalentwicklung.
- Verbesserung der psychotherapeutischen Versorgung: Verringerung der Wartezeiten bis zum Beginn einer Psychotherapie durch eine bedarfsgerechte Versorgungsplanung; Sicherstellung eines breiten Verfahrensspektrums in der psychotherapeutischen Ausbildung und eines zielgruppenadäquaten psychotherapeutischen Angebots unter anderem durch eine Novellierung des Psychotherapeutengesetzes. Durch diese Novellierung darf das Fach Psychologie nicht geschwächt werden und der Zugang zur Psychotherapieausbildung soll auf Basis des Studiums der Psychologie erfolgen. Gewährleistung einer adäquaten Vergütung während der Weiterbildung zum Psychologischen Psychotherapeuten und in der Berufstätigkeit.

Relevante weitere Themen sind:

- Nutzung psychologischer Expertise im Wirtschaftsleben und zur Bewältigung von Wirtschaftskrisen
- Einbindung der Palliativpsychologie in gesetzliche Regelungen zur Versorgung in Kliniken, Hospizen und der ambulanten Pflege
- Ausbau der Masterplätze im Fach Psychologie an Universitäten entsprechend der im Zuge von G8 erhöhten Anzahl von Studienplätzen für Bachelor
- Erhalt des Geheimnisschutzes für Psychologen, Psychotherapeuten und andere Berufsgeheimnisträger in Bezug auf Kommunikation über elektronische Medien und gesetzliche Regelungen wie beispielsweise zur Vorratsdatenspeicherung
- Absicherung der verkehrspsychologischen Beratungsangebote durch psychologische Experten
- Umgang mit Aggression und Gewalt durch Prävention, Konfliktregulierung und Unterstützung von Gewaltopfern
- Sicherstellung einer effektiven notfallpsychologischen Versorgung
- Realisierung der gesetzlich verankerten Frühförderung von Kindern im Vorschulalter
- Einfügung eines Paragraphen zu Kinderrechten ins Grundgesetz
- Vermittlung psychologischer Grundkenntnisse in weiterführenden Schulen

Die Psychologie ist die Wissenschaft vom Erleben und Verhalten des Menschen. Ziel ist dabei, menschliches Verhalten zu verstehen, vorherzusagen und so zu beeinflussen, dass sich die Lebensqualität der Menschen erhöht.

Daher erbitten wir Ihre Positionen zu folgenden Fragestellungen!

Welche der oben genannten Schwerpunkte beabsichtigen Sie in der nächsten Legislaturperiode mit welchen Zielen aufzugreifen?

(CDU) und (CSU)	SPD	Die Linke	Die Grünen	FDP
<p>Bereits in der jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode spielten Fragen der Prävention, des betrieblichen Gesundheitsmanagements, der Zeitpolitik und des besseren Zugangs zur Psychotherapie eine wichtige Rolle. Angesichts der weiter wachsenden Bedeutung entsprechender Fragestellungen sowie einer Zunahme von Belastungsstörungen – insbesondere auch Burnout-Symptomatiken – werden die dadurch bedingten Herausforderungen für CDU und CSU auch in den kommenden Jahren einen hohen Stellenwert haben. Beispielhaft genannt seien die Reform der Psychotherapeutenausbildung, die Umsetzung der Datenschutz-</p>	<p>Die SPD will ein modernes und weltoffenes Deutschland – mit einer Gesellschaft, die zusammenhält, und in der wir in Frieden und Freiheit zusammenleben – über kulturelle und religiöse Grenzen hinweg. Wir wollen echte Gleichstellung – unabhängig von Geschlecht, Religion, Hautfarbe, Herkunft und geschlechtlicher Identität oder sexueller Orientierung. Wir schreiben keine Lebensmodelle vor, sondern unterstützen Menschen, so zu leben, wie sie es sich wünschen. Offenheit bedeutet Toleranz und Vielfalt. Das gesellschaftliche Leben muss auf allen Ebenen inklusiv gestaltet werden. Dabei sind</p>	<p>In dem Anschreiben wurden viele Themen angesprochen, die auch für DIE LINKE besonders wichtig sind. Unsere Positionen zu diesen weitreichenden Themen darzulegen, würde hier den Rahmen sprengen. Neben der Inklusion und der Integration, die momentan politisch breit beleuchtet werden, ist uns Partizipation in der Gesellschaft ein wichtiges Anliegen. Sie auch nicht nur wichtig, um eine demokratische Gesellschaft auch jenseits von Parlamentswahlen zu gestalten. Sondern sie ist auch ein wesentlicher Einflussfaktor von Gesundheit, die maßgeblich davon beeinflusst wird, inwieweit Menschen die Möglich-</p>	<p>Einen gesundheitspolitischen Schwerpunkt wollen wir in der Verbesserung der Versorgungsstrukturen setzen. Denn immer mehr Menschen benötigen aufgrund einer psychischen Krise oder einer schweren psychischen Störung Hilfe und Therapie. Ziel einer umfassend verstandenen Versorgung muss es sein, die gesundheitliche Versorgung und die psychosoziale Unterstützung von Menschen mit einer psychischen Störung oder Erkrankung zu verbessern und den betroffenen Menschen durch eine gut koordinierte Behandlung und Unterstützung zu helfen, ihre seelische Gesundheit wiederzuerlangen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten sehen in vielen der von Ihnen gelisteten Themen Handlungsbedarf und treten hier für Verbesserungen ein. Um einige Beispiele zu nennen: Wir Freie Demokraten wollen den Einzelnen stark machen und jedem Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen – egal, woher er kommt. Die Förderung von Inklusion, Integration und Partizipation ist uns daher ein wichtiges Anliegen. Beispielsweise müssen auch Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf oder Einschränkungen die bestmögliche Bildung und Förderung erhalten. Denn unser Anspruch auf die weltbeste Bildung gilt nicht nur für</p>



<p>grundverordnung, der Ausbau von eHealth, die stärkere Nutzung von Mobile-Health-Lösungen, insbesondere auch im Bereich depressiver Erkrankungen sowie eine weitere Stärkung der Prävention, u. a. durch den Ausbau der betrieblichen Gesundheitsförderung – gerade bei kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) – und die Betreuung von Flüchtlingen, insbesondere auch von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung.</p>	<p>Barrierefreiheit und angemessene Vorkehrungen unverzichtbar und brauchen bessere gesetzliche Bestimmungen. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, inklusive Sozialräume zu schaffen.</p> <p>Zur Verringerung der psychischen Belastungen am Arbeitsplatz werden wir das Arbeitsschutzrecht um verbindlichere Regelungen erweitern. Dies betrifft besonders die wirksamere Umsetzung von Gefährdungsbeurteilungen und den Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Betriebs- und Personalräte.</p> <p>Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. Wir wollen, dass gute und barrierefreie medizinische Versorgung auch für ländliche und strukturschwache Regionen wie auch für Stadtteile mit sozialen Problemen gilt Standard ist. Dazu schaffen wir eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung. Damit Opfer von Kriminalität nicht erneut trauma-</p>	<p>keit haben, ihr Leben und ihre Umgebung selbst bestimmt (mit) zu gestalten.</p> <p>Das betriebliche Gesundheitsmanagement muss nicht nur aus-, sondern auch umgebaut werden. Die fortschreitende Digitalisierung hat auch auf die Arbeit und die Beschäftigten weitreichende Auswirkungen. Die technischen Möglichkeiten der Datenverarbeitung und der elektronisch gesteuerten Anwendungen entwickeln sich rasant. Sie ermöglichen immer schnellere Arbeitsprozesse und immer neue Maßnahmen der Effizienzsteigerung. Immer öfter macht das den Menschen zum limitierenden Faktor in den Arbeitsläufen, was zu neuen und auch problematischen Bemühungen der Selbstoptimierung führt. Auf der anderen Seite verringert diese Entwicklung Atempausen, die sich sonst im Arbeitsablauf ergeben haben.</p> <p>Es ist heute „normal“, in hoher Geschwindigkeit mehrere Aufgaben simultan zu bearbeiten. Die Mobiltechnologie hat die Beschleunigung weiter vorangetrieben. Es ist nicht</p>	<p>Zwar ist aus Patient*innenperspektive in der Vergangenheit einiges passiert. Jedoch sind weitere Verbesserungen nötig. Das betrifft insbesondere die Vergütung und Versorgungsplanung. Trotz zunehmender volkswirtschaftlicher Kosten in Folge von psychischen Störungen sind Angebote zur niedrigschwelligen Versorgung in vielen Regionen nicht ausreichend ausgebaut. Wir brauchen mehr umfassende gemeindenahе ambulante Angebote, wie z. B. die Umsetzung der Soziotherapie, ambulante psychiatrische Pflege, Krisenhilfen, bessere Übergänge zwischen stationärer und ambulanter Versorgung, Angebote zur integrierten Versorgung sowie eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Gesundheits- und Sozialberufen.</p> <p>Wissenschaftlich anerkannte Psychotherapieverfahren müssen auch in der ambulanten Versorgung ausreichend zur Verfügung gestellt werden. Dazu ist die Bedarfsplanung auf der Grundlage von epidemiologischen Daten</p>	<p>die Leistungsstarken. Die Schließung von Förderschulen, in denen Kinder passend zu ihrem Bedarf gefördert werden konnten, ist ein Fehler, da dies meist nicht dem Kindeswohl dient und oft auch gegen den Elternwillen vorgenommen wird. Das Ziel, Kinder mit Förderbedarf weitgehend in Regelschulen zu integrieren, ist richtig und wird seit Jahrzehnten in Deutschland verfolgt. Schulpsychologinnen und –psychologen leisten hier einen wertvollen Beitrag. Es sollte jedoch nicht radikal und kompromisslos umgesetzt werden. Gemeinsamer Unterricht soll eine bestmögliche Förderung aller Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Wir fordern daher für eine bestmögliche Gestaltung des gemeinsamen Unterrichts verbindliche Basisstandards.</p> <p>Ein Kernanliegen ist für uns, veraltete und starre Regulierungen der Arbeitswelt an zu ändern, um die Chancen einer modernen Arbeitswelt im Zeitalter der Digitalisierung für die Menschen nutzbar zu machen. Gesetzliche Rege-</p>
---	---	---	---	---

	<p>tisiert werden, haben wir den Schutz und die Rechte von Opfern in den vergangenen Jahren konsequent ausgebaut und dafür gesorgt, dass der Opferschutz seinen festen Platz in der Strafprozessordnung hat. Mit der Neuregelung der psychosozialen Prozessbegleitung haben wir einen weiteren Meilenstein im Opferschutz gesetzt, um den Opfern schwerer Gewalt- und Sexualstraftaten die emotionale und psychologische Unterstützung zu geben, die sie benötigen. Dies wollen wir weiter verstetigen.</p> <p>Wir wollen die Notfallversorgung verändern, um den Zugang für alle sicherzustellen. Die Rechte von Kindern und Familien werden wir auch in Bezug auf Teilhabechancen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) weiter stärken.</p> <p>Wir werden die Rechte von Kindern im Grundgesetz verankern. Kinder sind eigene Persönlichkeiten und brauchen eigene Rechte. Parlamente, Verwaltungen und Gerichte sollen Kinderinteressen überall dort, wo Kin-</p>	<p>nur üblich, jederzeit erreichbar zu sein, sondern das Wohnzimmer oder die Bahn können auch durch wenige Klicks zum Arbeitsplatz werden. Die Entwicklung hin zu medienzentrierten sowie mehr und mehr mobilen Arbeitsplätzen bringt in Verbindung mit den gesteigerten Effizienzerwartungen auch spezifische Herausforderungen für den Arbeitsschutz mit sich. Die psychischen Belastungen, die damit einhergehen, müssen besser erforscht und bei Arbeitsschutzmaßnahmen berücksichtigt werden. Neue Definitionen von Ruhe- und Arbeitszeiten und der Bemessung von Arbeitsleistung sind notwendig, um geistige Akkordarbeit zu bestimmen und zu vermeiden.</p> <p>DIE LINKE fordert seit Langem, die psychotherapeutische Versorgung zu verbessern. Die Baustellen sind vielfältig. So muss die Bedarfsplanung dringend überarbeitet und dem Behandlungsbedarf angepasst werden. Wir kritisieren, dass es entgegen dem Koalitionsvertrag in dieser Legislatur keine</p>	<p>weiterzuentwickeln.</p>	<p>lungen und faktische Hürden für mobiles Arbeiten, etwa durch veraltete Vorschriften der Arbeitsstättenverordnung, halten wir für nicht mehr zeitgemäß. Den Arbeitsschutz für Homeoffice-Arbeitsplätze wollen wir entbürokratisieren. Der Öffentliche Dienst als Arbeitgeber sollte an dieser Stelle vorangehen und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern offensiv Möglichkeiten zum Homeoffice ermöglichen, sofern keine dringenden betrieblichen Belange entgegenstehen. Zudem wollen wir Langzeitkonten für Arbeitszeit fördern, um mehr Souveränität in der beruflichen Lebensgestaltung zu ermöglichen – zum Beispiel für mehr Luft in der „Rush-Hour“ des Lebens, bei der Vereinbarkeit von Arbeit und Familie, für ein Postgraduiertenstudium, oder wenn man mit einem Sabbatical einmal aussetzen will. Das Langzeitkonto soll unabhängig vom Arbeitgeber werden, damit einfacher als heute übertragbar sein und das Guthaben für alle Formen der Freistellungen genutzt werden können. Bestehende</p>
--	--	---	----------------------------	---

	<p>derrechte berührt sind, vorrangig berücksichtigen.</p>	<p>Neuordnung der Psychotherapeutenausbildung und -weiterbildung mehr geben wird und die unhaltbaren Zustände der Psychotherapeutinnen und -therapeuten in Ausbildung (PiA) anhalten. DIE LINKE hat die Einbeziehung der Psychotherapie bei den Terminservicestellen begrüßt. Die neuen „Sprechstunden“ erachten wir allerdings nicht für ein gutes Mittel, die Versorgung substantiell zu verbessern. Nicht zuletzt fehlt nach wie vor eine Versorgungssteuerung, so dass die meisten Patientinnen und Patienten eher zufällig mit dem einen oder dem anderen Therapieverfahren behandelt werden. Hier muss es mittelfristig zu einer evidenzbasierten Steuerung kommen, damit die Patientinnen und Patienten die für sie am besten geeignete Therapie erhalten. Nicht zuletzt muss über die Rolle der Psychotherapie nachgedacht werden. Bei aller Notwendigkeit einer guten psychotherapeutischen Versorgung ist es nicht sinnvoll, auf krankmachende gesell-</p>		<p>Einschränkungen, etwa in der Kombination mit Elterngeld, sollen beseitigt werden. Seitens der Unternehmen brauchen wir Bürokratieabbau und Vereinfachungen in der Durchführung, etwa bei Berichtspflichten und der Entstehung von Urlaubsansprüchen während der Auszeiten. Zudem sollte es mehr Freiheiten bei der Kapitalanlage geben. Damit schaffen wir einen großen Wurf für mehr Zeitsouveränität und Flexibilität und erleichtern die Umsetzung individueller Vorstellungen in der Lebensführung.</p> <p>Die Bedarfsplanung, gerade im Bereich der ambulanten Psychotherapie wollen wir ebenfalls verbessern. Die Versorgung psychisch kranker Patienten ist bei weitem noch nicht ausreichend. Insbesondere im ländlichen Raum und strukturschwachen Regionen herrscht weiterhin akuter Handlungsbedarf. Neben einer verstärkt getrennten Bedarfsplanung für die Behandlung Erwachsener sowie Kinder und Jugendlicher fordern wir die Schaf-</p>
--	---	--	--	--

		<p>schaftliche Entwicklungen, steigenden Leistungsdruck und gesellschaftliche Vereinzelung ausschließlich mit mehr therapeutischen oder medizinischen Angeboten zu reagieren. Im Sinne einer guten Gesundheitsförderung müssen diese Noxen vielmehr identifiziert und so weit wie möglich im Vorhinein reduziert werden. Hier können Psychologinnen und Psychologen eine wichtige Rolle spielen (siehe unten).</p>	<p>fung eines entsprechenden Anreizsystems, um gerade in den ländlichen Regionen junge Therapeutinnen und Therapeuten für die dortige Arbeit gewinnen zu können.</p> <p>Auch der Erhalt des Geheimnisschutzes für Psychologen, Psychotherapeuten und andere Berufsgeheimnisträger ist für uns ein wichtiges Thema. Wir haben Verfassungsbeschwerde gegen die Vorratsdatenspeicherung (VDS) erhoben. Wir halten das VDS-Gesetz unter anderem auch deshalb für verfassungswidrig, weil es für die in § 53 StPO aufgeführten, sogenannten Vertrauensberufe kein Speicherverbot vorsieht.</p> <p>Wir stimmen Ihnen zu, dass die Palliativpsychologie in der Versorgung in Kliniken, Hospizen und der ambulanten Pflege wichtig ist. Wir wollen daher beispielsweise die spezialisierte ambulante Palliativversorgung (SAPV) in vernetzten Teams aus Ärzteschaft, Pflegekräften, Psychologinnen und Psychologen, Physiotherapeutinnen und</p>
--	--	--	--

				<p>Physiotherapeuten, Seelsorgenden, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und ehrenamtlich Helfenden flächendeckend fördern, um den Sterbenden und ihren Angehörigen den Abschied vom Leben zu erleichtern. Diese SAPV-Teams sollten mit telemedizinischer Unterstützung und einem Minimum an bürokratischer Belastung flexibel ihre wichtige Aufgabe erfüllen können.</p>
--	--	--	--	---

Welche Maßnahmen werden Sie zur Erhaltung des Psychologiestudiums und dessen beruflicher Einsatzfelder unternehmen, damit durch die Novellierung des Psychotherapeutengesetzes kein Abbau von Psychologiestudiengängen erfolgt?

CDU und CSU	SPD	Die Linke	Die Grünen	FDP
<p>Die unions-geführte Bundesregierung erarbeitet derzeit unter Federführung des Bundesgesundheitsministeriums den Entwurf für eine Neuregelung der Psychotherapeutenausbildung. Ziel ist ein psychotherapeutisches Hochschulstudium mit Approbation und Staatsexamen. Der damit verbundene „Direktzugang“ war bereits seit geraumer Zeit von vielen Verbänden gefordert worden und auch die Länder haben zu der Reform ihre Zustimmung gegeben.</p> <p>In den weiteren Phasen der Erarbeitung in der kommenden Wahlperiode gilt es nun, die unterschiedlichen Interessen auszubalancieren und darauf zu achten, dass bewährte Modelle genauso berücksichtigt werden wie den gewandelten Anforderungen gerecht zu werden. Ziel der neuen Ausbildung bleibt es, mehr Einheitlichkeit zu erreichen und für die Behandlung von Erwachsenen sowie von Kindern und Jugendlichen gleichermaßen zu qualifizieren.</p>	<p>Das Bundesgesundheitsministerium hat Eckpunkte für eine Novellierung des Psychotherapeutengesetzes vorgelegt, die in der kommenden Wahlperiode die Grundlage für die Erarbeitung und Beratung eines Gesetzes sein werden.</p> <p>Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Psychotherapie als solche sich sowohl in Bezug auf die Patientenbehandlung wie auf die wissenschaftlichen Entwicklungen seit Inkrafttreten des Psychotherapeutengesetzes weiterentwickelt und verändert hat. Um für die Versorgung der Patienten nachhaltig eine hoch qualifizierte psychotherapeutische Behandlung zur Verfügung zu stellen, ist es wichtig, diese Entwicklungen in einer modernisierten Ausbildung zum Beruf des aus der Psychologie kommenden Psychotherapeuten aufzugreifen.</p>	<p>Durch den neuen Studiengang Psychotherapie wird es absehbar zu Verschiebungen kommen. Studierende mit dem Berufsziel Psychotherapie werden in der Psychologie wegfallen. Ausbildungskapazitäten werden zunächst geteilt werden müssen. Auf der anderen Seite zeugt der große Andrang davon, dass der Bedarf an Studienplätzen in der Psychologie davon, dass der Bedarf bei Weitem nicht gedeckt wird. DIE LINKE fordert eine bedarfsdeckende Ausstattung der Universitäten und Hochschulen. Der neue Studiengang sollte genutzt werden, die Kapazitäten gerade in diesem Bereich aufzustocken.</p>	<p>Seit vielen Jahren ist bekannt, dass bei der Ausbildung von Psychotherapeut*innen Reformbedarf besteht. Vor allem die prekäre finanzielle Situation der Psychotherapeut*innen in Ausbildung ist ein Problem. Aktuell arbeiten viele Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Ausbildung während ihrer praktischen Tätigkeit für wenige Euro in der Stunde oder bekommen gar keine Entlohnung. Sie erbringen psychotherapeutische Leistungen im Praktikantenstatus – beziehungsweise wirken an diesen mit - ohne Anspruch auf Vergütung. Die praktische Ausbildung selber muss daher adäquat vergütet werden und darf die Teilnehmenden nicht vor finanzielle Hürden stellen. Weiter wollen wir die Zugangsregelungen zur psychotherapeutischen Ausbildung auf ein einheitliches Niveau bringen. Niedrigere Zugangsvoraussetzungen halten wir dabei für kont-</p>	<p>Eine hochwertige Ausbildung wollen wir erhalten. Wir halten allerdings ein NC-freies Kontingent für das Erststudium für sinnvoll, da die bisherige strikte Beschränkung dem Bedarf an qualifizierten Psychotherapeutinnen und –therapeuten zuwiderläuft. Gleichzeitig sorgen unbezahlte Pflichtpraktika und sehr hohe Ausbildungsgebühren nach dem Studium dafür, dass sich Universitätsabsolventinnen und -absolventen von vorne herein gegen die Ausbildung zur Psychotherapeutin / zum Psychotherapeuten entscheiden. Hier muss über ein entsprechendes und ausreichendes Ausbildungs-BAföG auch für angehende Psychotherapeutinnen- und therapeuten nachgedacht werden. Die Vergütung von Pflichtpraktika sollte hier zur Regel werden. Die Ausbildung</p>

			<p>raproduktiv. Sie würden die Qualität der Behandlung gefährden. Jedoch sollte es weiterhin für Studierende aus vergleichbaren Fächern wie etwa der Sozialpädagogik möglich sein, eine psychotherapeutische Ausbildung aufzunehmen. Entsprechend der Forderungen des 25. Deutschen Psychotherapeutentages setzen wir uns dabei für eine Approbation nach einem wissenschaftlichen Hochschulstudium auf Masterniveau ein. Selbstverständlich werden die psychologischen Fakultäten bei der Ausgestaltung der Studiengänge eine tragende Rolle spielen müssen, um eine Ausbildung nach hohen Qualitätsstandards mit ausreichender wissenschaftlicher Qualifizierung sicherzustellen. Das Studium sollte die Breite der wissenschaftlichen Grundlagen, Grundorientierungen und Wurzeln der Psychotherapie einschließen und für die Behandlung von Erwachsenen, Kindern und Jugendlichen qualifizieren. Es dient als Grundlage für die Weiterbildung in Einrichtungen der ambulanten, stationä-</p>	<p>zum Psychotherapeuten muss grundsätzlich allen Absolventen offenstehen, unabhängig vom familiären und finanziellen Hintergrund. Das Psychotherapeutengesetz samt den Zugangsvoraussetzungen zur Ausbildung muss daher dringend überarbeitet werden. Dem Vorschlag der deutschen Psychotherapeutenkammer, ein eigenständiges Psychotherapiestudium, angelehnt an das Medizinstudium, einzuführen, stehen wir offen gegenüber.</p>
--	--	--	--	---



Berufsverband
Deutscher
Psychologinnen
und Psychologen

1946 – 2016

			<p>ren und komplementären Versorgung. Die grüne Bundestagsfraktion hat im Bundestag immer wieder nachgehakt, wann die Bundesregierung endlich ein Reformkonzept vorlegt. Doch die SPD und Union haben die dringend nötige Reform verschleppt. Deswegen gehört die Reform der Psychotherapeutenausbildung ganz oben auf die gesundheitspolitische Agenda der kommenden Legislaturperiode. Wir brauchen schnelle Verbesserungen und müssen endlich eine faire Bezahlung ermöglichen.</p>	
--	--	--	--	--

Wie werden Sie die schulpsychologische Versorgung verbessern?

CDU und CSU	SPD	Die Linke	Die Grünen	FDP
<p>Grundsätzlich sehen wir in der schulpsychologischen Beratung, aber auch der Schulsozialarbeit, ein gutes Element, um die Schulen bei ihren vielfältigen Aufgaben zu stärken und die Lehrkräfte in die Lage zu versetzen, sich auf ihre schulischen Aufgaben zu konzentrieren. Deshalb halten wir es angesichts wachsender Herausforderungen an den Schulen für notwendig, die schulpsychologische Versorgung bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Auch die Kooperation von Schule und Jugendhilfe gilt es, weiter zu stärken.</p> <p>Wir sind davon überzeugt, dass dies in allererster Linie eine Aufgabe ist, die von den Verantwortlichen vor Ort, insbesondere dem Schulträger und dem Land zu erbringen ist. Gleichwohl unterstützt die unionsgeführte Bundesregierung die Länder in vielfältiger Weise bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben. Insbesondere die finanziellen Spielräume der Länder haben sich auch durch Unterstützung des Bundes in den letzten Jahren verbessert. Damit werden auch zusätzliche Möglichkeiten für die Länder geschaffen,</p>	<p>Wir werden gemeinsam mit den Ländern den flächendeckenden Ausbau guter Ganztagsangebote vorantreiben. Gemeinsam mit den Ländern wollen wir die Schulsozialarbeit ausbauen. Denn Schulen mit Ganztagsangeboten, die über den Unterricht hinausgehen, brauchen multiprofessionelle Teams.</p>	<p>Es ist für DIE LINKE wichtig, psychische Belastungen in der Schule und anderen Bildungseinrichtungen zu erkennen und zu reduzieren. Der gestiegene Leistungsdruck, die sich weiter spreizende soziale Schere, Integration und Inklusion, Mobbing von Schülerinnen und Schülern – für viele Herausforderungen an Schulen sind Psychologinnen und Psychologen wichtige Ansprechpartner und auch Problem-Detektoren. DIE LINKE befürwortet eine verbesserte psychologische Betreuung in Schulen. Daher wollen wir auch Schulsozialarbeit flächendeckend ausbauen. Schulsozialarbeit soll hierzu im Jugendhilferecht des SGB VIII als Regelleistung im Wege einer Präzisierung und Neuverortung in Form einer eigenständigen Angebotsform verortet werden. Für</p>	<p>Wir halten die Arbeit Schulpsychologie für dringend notwendig und unterstützen sie. Allerdings können wir hier derzeit wegen des Kooperationsverbots im Grundgesetz von Bundesebene aus nicht viel tun. Denn die Schulpsychologie gehört zu den Aufgaben der Länder. Wir GRÜNE setzen uns seit 2006 gegen das Kooperationsverbot ein. Wenn es endlich abgeschafft sein wird, wollen wir ein neues Ganztags-schulprogramm aufsetzen. Wenn diese Mittel fließen, können die Länder auch die schulpsychologische Praxis ausbauen. In Zusammenarbeit mit den anderen Beratungsdiensten für Kinder, Jugendliche und Eltern sowie Schulleitung, Lehrkräften und Schulsozialarbeit kann die Schulpsychologie dann wichtige Aufgaben übernehmen: vom</p>	<p>Wir Freie Demokraten halten eine ausreichende und gute schulpsychologische Versorgung für sehr wichtig. Denn Schulpsychologinnen und Schulpsychologen leisten durch ihre vielfältige Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Schulen in ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag. So zum Beispiel durch Förderung individueller Begabungen, Beratung bei Lern- oder Verhaltensproblemen von Schülerinnen und Schülern, Konfliktlösung und Gewaltprävention, Unterstützung inklusiver Schulentwicklung und der Lehrkräfte bei Problemen im Schulalltag. Zur Stärkung der schulpsychologischen Versorgung treten wir für eine Erhöhung der Bildungsinvestitionen sowie eine größere Eigenständigkeit der Schulen ein. Wir wollen, dass Deutschland</p>

<p>bedarfsgerecht auf die jeweilige Situation vor Ort einzugehen.</p>		<p>die konkrete Ausstattung sind die Länder zuständig.</p>	<p>akuten Krisenmanagement der Gewaltprävention und Verbesserung des sozialen Klimas bis zur Unterstützung von Schulen bei der Entwicklung individueller Förderkonzepte umfassend möglich.</p>	<p>gemessen am Staatshaushalt bei den Bildungsausgaben künftig zu den führenden fünf Ländern der OECD-Staaten zählt. Dazu muss der Bildungsföderalismus grundlegend reformiert und die Finanzierung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe werden. Die Schulen sollen eigene Entscheidungshoheit bei Organisation, Budget, Profilbildung und Personal erhalten, damit sie engagiert Verantwortung übernehmen und für beste Ergebnisse sorgen können. Schulen mit besonderen Problemen und Schulen in Brennpunkten müssen zudem besonders unterstützt werden, beispielsweise hinsichtlich der Lehrer-Schüler Relation.</p>
---	--	--	--	---

Wie werden Sie Integration von Zuwanderern fördern und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken?

CDU und CSU	SPD	Die Linke	Die Grünen	FDP
<p>Wie kaum ein anderes Land in der Welt hat Deutschland in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten Zuwanderer aufgenommen. Viele dieser Menschen haben sich vorzüglich in unsere Gesellschaft integriert – ohne dabei ihre Abstammung vergessen und ihre kulturelle Identität aufgeben zu haben.</p> <p>Neben dieser positiven Integrationsleistung gibt es aber auch Probleme: Nicht jeder, der nach Deutschland kommt, ist rechtmäßig gekommen. Nicht jeder nimmt die Anstrengung auf sich, sich hier zu integrieren. Diese Probleme verantwortlich anzugehen, ist Aufgabe und Ziel unserer Politik.</p> <p>Von besonderer Bedeutung für eine gelingende Integration sind gute Sprachkenntnisse. Ohne ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache sind Folgeprobleme beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt oder im Alltagsleben fast unvermeidbar. Kenntnisse des Rechts- und Gesell-</p>	<p>Für traumatisierte Flüchtlinge und ihre Kinder brauchen wir spezielle Hilfseinrichtungen. Familiennachzug und das Zusammenleben in der Familie tragen zu einer guten Integration bei. Deshalb werden wir die temporäre Aussetzung des Familiennachzugs nicht verlängern. Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland. Das verlangt eine umfassende Integrationspolitik. Dabei stellen wir uns einer doppelten Integrationsaufgabe: zum einen der Integration der Menschen, die einwandern oder zu uns fliehen. Und zum anderen der Aufgabe, den Zusammenhalt der ganzen Gesellschaft zu wahren. Wir leben in einer vielfältigen Gesellschaft, die auf gemeinsamen Werten und Normen beruht. Grundlage für alle ist das Grundgesetz. Gleiche Chancen auf Teilhabe für alle ist unser Leitbild.</p>	<p>DIE LINKE ist überzeugt, dass die Integration von neu zugewanderten Menschen nur mit einer sozialen Offensive für alle bewältigt werden kann. Eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen, Erhalt und Ausbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur vor Ort - von der Sportanlage über die Bibliothek bis zu Schulen und Kitas - kommen allen Menschen im Land zugute und erhöhen zugleich die Aussichten, dass sich Zuwanderer vor Ort integrieren. Daneben braucht es selbstverständlich spezifische Maßnahmen: Recht auf Sprach- und Orientierungskurse, erleichterte Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse und Weiterqualifizierung, Stärkung spezifischer</p>	<p>Menschen – insbesondere mit Kriegs- und Gewalterfahrungen – aufzunehmen ist eine Herausforderung für Neuankommende und Einheimische. Jeden Tag leisten viele Haupt- und Ehrenamtliche in unseren Kommunen Großartiges. Dieses Engagement muss flankiert werden von mehr professioneller Hilfe im Bereich psychosozialer Betreuung von Flüchtlingen. Wir wollen den Menschen das Ankommen erleichtern und ihnen unabhängig von Nationalität und vermeintlicher Bleibeperspektive das Recht auf einen Integrationskurs geben. Wir GRÜNE haben bereits im Jahr 2004 mit der Einführung eines für alle verbindlichen Sprach- und Orientierungskurssystems die Integrationspolitik unseres Landes auf eine neue</p>	<p>Wir Freie Demokraten stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Fremdenfeindlichkeit ist für uns genauso wenig akzeptabel wie etwa Homo- und Transphobie oder Antisemitismus. Sie sind der Boden, auf dem Gewalt und Diskriminierung gedeihen. Insbesondere mit konkreten Maßnahmen für Bildung, Förderung von Selbsthilfe und Diversity Management, aber auch durch Sensibilisierung staatlicher Entscheidungsträger wollen wir Toleranz und Akzeptanz in der Gesellschaft stärken.</p> <p>Mit Blick auf die Zuwanderung setzen wir uns grundsätzlich für ein geordnetes Einwanderungsrecht ein, das nach Möglichkeit in einem Einwanderungsgesetzbuch zusammenge-</p>

<p>schaftssysteme sind unerlässlich für die Integration und ein auskömmliches Zusammenleben in der neuen Umgebung und tragen zu gleichberechtigter Teilhabe und Chancengleichheit bei. Bei den Zielen dienen die Integrationskurse, die zielgruppengerecht angeboten werden. Daran werden wir festhalten.</p> <p>Gerade mit Blick auf eine gute Sprachentwicklung von Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung setzen wir zudem auf eine gelingende Integration in den Schulalltag. Eine gute vorschulische Bildung spielt dabei ebenso eine wichtige Rolle wie unterstützende Sprachangebote im Schulalltag.</p> <p>Jeder Form von Extremismus und politisch motivierter Gewalt – unabhängig davon, ob sie von Rechtsextremisten, Linksextremisten oder gewaltbereiten Islamisten ausgeübt wird – treten wir entschieden entgegen, genauso wie allen Formen von Fremdenfeindlichkeit. Dafür darf es in unserer Gesellschaft keinen Platz geben.</p> <p>Wo sich fremdenfeindliche Strukturen entwickeln, werden wir durch gezielte Aufklärung, Verbote entsprechender Gruppierun-</p>		<p>Beratungs- und Betreuungsangebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen infolge der im Herkunftsland und auf der Flucht erlittenen Traumatisierungen oder die Unterstützung von Vereinen und Initiativen, die Projekte zur Integration vor Ort durchführen. Auf diese Stärkung der Zivilgesellschaft vertrauen wir nicht nur beim Einsatz für Integration, sondern auch bei der Bekämpfung von Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Einrichtungen der Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus, der Opferberatung und der Begleitung für schulische und außerschulische Bildungsarbeit zur Stärkung von Toleranz und Demokratie wollen wir stärker fördern.</p>	<p>Grundlage gestellt. Wir wollen aber auch in Zukunft Einwander*innen attraktive Rahmenbedingungen anbieten, denn nur dann werden sie und ihre Familien sich für eine Zukunft in Deutschland entscheiden. So finden nur diejenigen, die einen sicheren Aufenthaltsstatus bzw. eine Bleibeperspektive haben, die nötige Sicherheit, sich ins politische und soziale Leben einzubringen. Wir werden für eine qualitativ hochwertige Sprachförderung in den Arbeitsmarkt sorgen, die das Ziel einer zeitnahen Eingliederung in den Arbeitsmarkt verfolgt. Wir setzen uns für einen schnellen, unbürokratischen Nachzug von Familienangehörigen ein – auch für subsidiär geschützte Flüchtlinge. Denn nur wer seine Nächsten in Sicherheit und in seiner Nähe weiß, kann sich auf die neue Heimat mit aller Kraft einlassen. Das Bildungssystem werden wir so durchlässig gestalten, dass wir</p>	<p>fasst wird. Dabei muss zwischen individuell politisch Verfolgten, Kriegsflüchtlingen und dauerhaften Einwanderern klar unterschieden werden. Das Grundrecht auf Asyl für individuell politisch Verfolgte ist für uns unantastbar. Für Kriegsflüchtlinge wollen wir einen eigenen Status schaffen, einen vorübergehenden humanitären Schutz, der auf die Dauer des Krieges begrenzt ist. Nach Identitätsfeststellung soll dieser Status unkompliziert verliehen und damit das Asylsystem massiv entlastet werden. Kriegsflüchtlinge sollen dabei nach Beendigung des Krieges in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren. Dauerhafte Einwanderer wollen wir uns wie jedes andere Einwanderungsland selbst aussuchen. Dazu wollen wir die Blue-Card reformieren, sodass Arbeitskräfte zu uns kommen können, die aufgrund eines mit einem in Deutschland ansässigen Arbeitgeber</p>
---	--	--	--	---

<p>gen und Vereine sowie eine konsequente Strafverfolgung entgegenwirken. Extremistischen Strömungen genauso wie Fremdenfeindlichkeit müssen wir uns auch dauerhaft entgegenstellen und rechtzeitig entsprechende Angebote unterbreiten, um unsere Zivilgesellschaft zu stärken. Auch in unseren Schulen muss z. B. ausreichend über geschichtliche Zusammenhänge und die besondere historische Verantwortung Wissen vermittelt werden.</p>			<p>auch gegenüber Migrant*innen das Versprechen eines sozialen Aufstiegs über gute Bildung einhalten können. Menschen bringen nicht nur ihre Not, sondern auch ihre Fähigkeiten und ihre Motivation mit, wenn sie bei uns Zuflucht suchen. Deswegen wollen wir ihre Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und großzügiger anerkennen, ein verlässliches Bleiberecht während und nach der Ausbildung. Man kann Rassismus – und auch die anderen Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – nur dann bekämpfen, wenn Politik und Öffentlichkeit diese Themen nicht länger unter den Teppich zu kehren. Es gilt, diese gesellschaftlichen Probleme offen anzusprechen, wahr- und ernstnehmen und sich ein realistisches Lagebild zu verschaffen. Auf dieser Grundlage muss dann gemeinsam mit den Betroffenen, den Sicherheitsbehörden und</p>	<p>abgeschlossenen Arbeitsvertrags ihren Lebensunterhalt dauerhaft bestreiten können. Zudem wollen wir ein Punktesystem schaffen, bei dem sich Menschen aus aller Welt aufgrund ihres Bildungsgrades, Alters, ihrer Sprachkenntnisse und beruflichen Qualifikation um eine Einwanderung nach Deutschland bewerben können. Dabei ist auch Flüchtlingen, die sich entsprechend integriert haben, ein Rechtskreiswechsel und damit eine Einwanderungschance zu ermöglichen. Natürlich nur, wenn sie dieselben Kriterien erfüllen wie Fachkräfte aus dem Ausland.</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen Talente von Zuwanderern fördern, ihre Potenziale und Visionen für den Arbeitsmarkt nutzbar machen und starke Personen für eine aktive Mitarbeit in Gesellschaft und Ehrenamt gewinnen. Das bisherige System der Integrationskurse als staat-</p>
---	--	--	--	---

			<p>der Zivilgesellschaft insgesamt endlich ein realistischer und nachhaltiger Aktionsplan vereinbart werden, der dann auch von allen Akteuren akzeptiert und umgesetzt wird. Insbesondere die Präventionsarbeit muss massiv ausgebaut werden. Auch gilt es, die Rechte der Betroffenen zu stärken, z. B. durch ein Bleiberecht für die Opfer rechter Gewalt.</p>	<p>liches Mindestangebot für bereits Zugewanderte, genügt den Anforderungen unserer modernen Zuwanderungsgesellschaft nicht. Wir fordern daher ein neues, modulares Integrationsprogramm, das die individuelle Förderung entsprechend persönlicher Bedürfnisse in unterschiedlichen Stufen ermöglicht. Gerade für Geflüchtete sind kostenfreie und verpflichtende Sprachkurse ab dem ersten Tag essentiell. Um Menschen mit traumatischen Erlebnissen, beispielsweise durch Krieg oder Flucht, mit ihren Erfahrungen nicht allein zu lassen, ist zudem eine ausreichende psychosoziale Versorgung wichtig.</p> <p>Wir Freie Demokraten wollen zudem die Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen. Denn ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt ist doppelt wichtig: Er ist ein Grundpfeiler für eine ge-</p>
--	--	--	--	--

				<p>lungene Integration und führt dem deutschen Arbeitsmarkt dringend benötigte Fachkräfte zu. Gerade jene Flüchtlinge, die über eine dauerhafte Bleibeperspektive verfügen, müssen auch schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Arbeitsverbote und andere Markteintrittsbarrieren wie Vorrangsprüfungen für Deutsche sind daher aufzuheben. Außerdem wollen wir für Flüchtlinge eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, wie für Langzeitarbeitslose, einführen.</p>
--	--	--	--	---

Welchen Stellenwert haben für Sie Psychologen in der Gesundheitsförderung und Prävention? Wie wollen Sie diesen gesetzlich verankern?

CDU und CSU	SPD	Die Linke	Die Grünen	FDP
Psychologen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Stressbewältigung und damit bei der Umsetzung der Ziele des Präventionsgesetzes. Neben nicht ausgewogener Ernäh-	Wir benötigen eine Versorgung, die personenzentriert, bedarfsorientiert und unabhängig von der Frage ambulant oder stationär in einem vernetzten handelt System,	Wie anfangs dargestellt ist die Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung für DIE LINKE ein wichtiges Anliegen. Wir	Wir sehen Prävention und Gesundheitsförderung als eine ganzheitliche Aufgabe, bei der auch Psycholog*innen eine wichtige	Wir Freie Demokraten fordern eine Reform des Gesundheitssystems, die im Ergebnis dazu führen wird, dass die Prävention



<p>rung, Rauchen, übermäßiger Alkoholkonsum und zu wenig Bewegung ist auch Stress ein Risikofaktor bei der Entstehung der neuen, nicht übertragbaren Erkrankungen wie Übergewicht, Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Wir werden deshalb die Krankenkassen auffordern, bei der Entwicklung von Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention die Sachkunde der Psychologinnen und Psychologen konsequent einzubeziehen. Bereits heute hat der Spitzenverband Bund der Krankenkassen unter Einbeziehung unabhängigen, insbesondere gesundheitswissenschaftlichen, ärztlichen, arbeitsmedizinischen, psychotherapeutischen, psychologischen, pflegerischen, ernährungs-, sport-, sucht-, erziehungs- und sozialwissenschaftlichen Sachverständigen sowie des Sachverständigen der Menschen mit Behinderung einheitliche Handlungsfelder und Kriterien für die Leistungen festgelegt, insbesondere hinsichtlich Bedarf, Zielgruppen, Zugangswegen, Inhalt, Methodik, Qualität, intersektoraler Zusammenarbeit, wissenschaftlicher Evaluation und der Messung der Erreichung der mit den Leistungen verfolgten Ziele. Damit ist die gesetzliche Verankerung bereits erfolgt. Darüber hinaus hat der Ge-</p>	<p>das auch den Bereich der Hilfen für Menschen mit Behinderung oder der Pflege erfasst. Gerade wer eine psychische Erkrankung hat, ist auf verlässliche, bruchfreie und vertraute Strukturen und Partner angewiesen. Hier spielen inklusive Sozialräume und ein gemeinsam von allen verantwortlichen Aufgabenträgern getragene gesundheitliche Vorsorge eine wichtige Rolle. Gute Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. Wir wollen, dass das in Stadt und Land eine gute und barrierefreie medizinische und psychologische Versorgung oft Standard ist. Dazu schaffen wir eine integrierte Bedarfsplanung der gesamten medizinischen Versorgung. Die Vorbeugung von Krankheiten (Prävention) und die Rehabilitation beispielsweise nach einer schweren Erkrankung müssen im Rahmen dieser Planung gestärkt werden.</p>	<p>betrachten die Gestaltung von gesundheitsförderlichen Wohn-, Arbeits-, Lern- und sonstigen Lebensbedingungen als zentraler Hebel für mehr Gesundheit. Die psychischen Belastungen spielen in der Gesundheitsförderung eine immer stärkere Rolle. Das hängt einerseits mit der zu begrüßenden Entstigmatisierung von psychischen Leiden zusammen. Der massive Anstieg von Fehlzeiten und Frühverrentungen aufgrund von psychischen Erkrankungen lässt aber – bei aller notwendigen Vorsicht – auch eine steigende Inzidenz vermuten. Nicht nur in der Therapie können Psychologinnen und Psychologen dazu beitragen, Fehlentwicklungen abzufedern. Sie können mit ihrer Expertise auch soziale Determinanten von psychischer Gesundheit erforschen, sie vor Ort identifizieren und psychische Erkrankungen helfen zu vermeiden. Ihr</p>	<p>Rolle spielen. Einen wichtigen Ansatzpunkt sehen wir in der betrieblichen Gesundheitsförderung. Es ist leichter, dem Stress bei der Arbeit etwas entgegenzusetzen, wenn die Unternehmenskultur sowie Arbeitsabläufe gesundheitsförderlich organisiert sind, flexible Arbeitszeiten möglich und kollegiale Hilfen verfügbar sind. Gesundheitsförderung setzt darauf, die Kompetenzen, das Selbstwertgefühl und die Selbstachtsamkeit der Menschen zu steigern. Das Ziel ist, das Wohlbefinden zu steigern, Gesundheitsrisiken zu reduzieren und damit letztendlich Krankheiten zu vermeiden. Immer mehr Menschen leiden unter Depressionen und anderen psychischen Krankheiten. Arbeitslosigkeit, aber auch schon die Angst vor Arbeitslosigkeit erhöhen das Risiko zu erkranken enorm. Mit dem Eintritt und der Dauer der Arbeitslosigkeit nehmen</p>	<p>einen höheren Stellenwert bekommt – insbesondere durch den stärkeren Wettbewerb der Krankenkassen. Wir wollen zudem die Gesundheitsvorsorge und Prävention nach wissenschaftlicher Evaluation stärken. Angesichts der besorgniserregenden Zunahme diagnostizierter psychischer Erkrankungen in den Statistiken der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung in den letzten Jahren, nimmt die Psychologie hier eine zentrale Stelle ein. Denn sie trägt durch frühzeitige Behandlungen dazu bei, schlimmere Ausprägungen und letztlich auch "körperliche" Krankheiten zu verhindern.</p>
--	--	---	--	--



<p>setzgeber im Präventionsgesetz bereits festgelegt, dass anhand von Modellvorhaben die Qualität und Effizienz der Versorgung mit Leistungen zur Gesundheitsförderung und Prävention in Lebenswelten und mit Leistungen zur betrieblichen Gesundheitsförderung verbessert werden soll. Ein vielbeachtetes neues Instrument, um geeignete Formen der Versorgung zu entwickeln und zu pilotieren, ist auch der sog. „Innovationsfonds“, der jährlich mit 300 Millionen Euro neue Versorgungsformen und Versorgungsforschung unterstützt.</p>		<p>Einsatz in der Arbeit, in Schulen, aber auch in der Kommune zur Gesundheitsförderung sollte Normalität sein.</p>	<p>die individuellen Gesundheitsressourcen und die Fähigkeit zur psychischen Bewältigung von Krisensituationen bei den meisten Erwerbslosen erheblich ab. Psychische Erkrankungen und Suchtprobleme nehmen bei individuell vorhandenem Risiko erheblich zu. Gerade Arbeitslose werden von den individuellen Angeboten der Primärprävention der Krankenkassen kaum erreicht. Daher ist es aus unserer Sicht ist eine große Schwäche des Präventionsgesetzes der großen Koalition, dass einseitig auf die Ärzt*innen gesetzt wird. Nach unserer Auffassung müssen auch alle anderen Gesundheitsberufe in Prävention und Gesundheitsförderung einbezogen werden. Bezogen auf die Psychotherapeut*innen hieße dies, dass auch sie beispielsweise präventionsorientierte Leistungen erbringen dürfen.</p>	
---	--	---	--	--